

Erinnerungskultur und Memopolitik

Thomas Sternberg, Norbert Sievers

Kulturpolitische Arbeit an der Geschichte

Kulturpolitik ist immer auch Erinnerungs- und Geschichtspolitik. Trotz ihrer auf Innovation und Veränderung ausgelegten Zukunftsorientierung war dies für die Kulturpolitische Gesellschaft stets unstrittig. Vor allem die Menschheitsverbrechen im Dritten Reich, das Unterdrückungssystem in Nazi-Deutschland und der Zweite Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen waren ein wesentlicher Antrieb für die Neue Kulturpolitik und deren Reformatoren. Das Thema »Kultur & Geschichte« wurde deshalb bereits seit ihrer Gründung im Rahmen einer Projektgruppe unter der Leitung von Vorstandsmitglied Detlef Hoffmann behandelt.¹

Frühe Initiativen mit weitreichenden Folgen

Der Initiativkreis, an dessen Sitzungen auch namhafte Historiker wie Hans Mommsen, Gottfried Korff und Lutz Niethammer teilgenommen haben, hatte in der Zeit von 1977 bis 1980 große Ideen und Pläne. Inhaltlich ging es darum, das Anliegen des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann aufzugreifen, auch die »demokratischen und republikanischen Traditionen« im deutschen Geschichtsbild zu verankern« (Sattler 1978). Kulturpolitisch sollte den repräsentativen Ausstellungen der Nachkriegszeit, die sich oft an Herrscherdynastien (Wittelsbacher, Staufer, Hohenzollern) und Machteliten orientierten, ein neues Geschichtsverständnis entgegengesetzt werden, das eher an den Lebensverhältnissen und alltäglichen Erfahrungen der Menschen ansetzte und zum »Verständnis der Wandlungsvorgänge zur modernen Industriegesellschaft und ihrer Kultur« beitragen wollte« (ebd.). Das zentrale Anliegen der Projektgruppe war die Konzipierung und Durchführung einer großen Ausstellung zum Thema »Individuelle Lebensverhältnisse und die Entwicklung republikanischer Öffentlichkeit«, die durch zwei Expertenta-

1 Weitere treibende Kräfte waren die Historiker*innen Annette Kuhn und Wolfgang Ruppert und nicht zuletzt Olaf Schwencke.

gungen vorbereitet werden sollte.² Die Fachaufsicht sollten die Historiker Hans Momm-
sen, Lutz Niethammer, der Museumsexperte Detlef Hoffmann und Hermann Glaser über-
nehmen.

Leider ist es zu einer Umsetzung dieser Idee nicht gekommen. Sie zeigt aber, wie
früh in der Kulturpolitischen Gesellschaft über ein neues Geschichtsverständnis disku-
tiert wurde, das in den Folgejahren im KuPoGe-Zusammenhang und auch in der Ge-
schichtswissenschaft immer bedeutender wurde. Bemerkenswert ist auch die Nähe die-
ses Diskursstranges zur Programmatik der Neuen Kulturpolitik, die die Kulturen des
Alltags stärker in den Fokus des Kulturbegriffs rückte, die »Kultur der kleinen Leute« in
den Blick nahm (siehe Sievers und Goldmann in Kapitel I) und den Oral-History-Ansatz
explizit in den Konzeptionen der Sozio- und Stadteilkulturarbeit integrierte. Auch die
Bedeutung der Industriekultur, die etwa durch die Internationale Bauausstellung Em-
scher Park im Ruhrgebiet (1989 – 1999) für die nordrhein-westfälische Kulturpolitik auch
kulturpolitisch eine große Rolle spielen sollte, geht unter anderem auf diese Verände-
rungen im Geschichts- und Kulturverständnis zurück, die für die KuPoGe grundlegend
waren. Beispielhaft steht dafür nicht zuletzt die Vergabe des Kulturpreises an das Muse-
um der Arbeit in Hamburg (1986), an dessen Gründung KuPoGe-Mitglieder einen nicht
unerheblichen Anteil hatten.³

Ansonsten gab es aber auch im zweiten Jahrzehnt wenig konkrete Aktivitäten zum
Thema »Kultur & Geschichte«, sieht man einmal von der Vergabe des Kulturpreises
an das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager in Papenburg
(1994) ab, für dessen Auszeichnung sich vor allem der damalige SPD-Landtagsabgeord-
nete und KuPoGe-Vorstandsmitglied (1988 – 2003) Ernst-Martin Walsken eingesetzt
hatte, dessen Vater, der Maler Ernst Walsken, selbst als Widerstandskämpfer und
politischer Gefangener in diesem Lager eingesperrt hatte.⁴

Magie der runden Zahlen

Erst in der dritten Dekade (konkret: kurz vor der Jahrtausendwende) gewannen die The-
men Geschichte und Erinnerung in der Kulturpolitischen Gesellschaft eine gewisse Be-
deutung, als sie anlässlich des bevorstehenden 950. Jubiläums der Stadt Nürnberg im
Jahr 2000 als Kooperationspartner einer Fachtagung zur »Magie der runden Zahlen« auf-
trat, die von der Jubiläumsstadt gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und weiteren

2 Eine dieser Tagungen sollte auf Vorschlag des Nürnberger Kulturreferenten und KuPoGe-Grün-
dungsmitglieds Hermann Glaser im Kontext der »Nürnberger Gespräche 1979« stattfinden (vgl.
Mager 1978: 13).

3 Die Vergabe des KuPoGe-Kulturpreises (damals: »Innovationsgabe«) war auch als Unterstützung
des Projekts gedacht, der Museumsexperte Detlef Hoffmann war an der Erarbeitung der Konzep-
tion beteiligt und KuPoGe-Mitglied Gernot Krankenhagen wurde der Gründungsdirektor des Mu-
seums.

4 Zu Ernst Walsken siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Walsken.

Partnern ausgerichtet wurde.⁵ Ziel war, die damals anlässlich des Millenniums und vieler runder Geburtstage zahlreich inszenierten Gedenktage, Jubiläen und historisch begründeten Events, die sich den Imperativen der »Erlebnisgesellschaft« (Gerhard Schulze) so vorzüglich fügten, kulturpolitisch zu befragen. Welcher Wert war ihnen beizumessen? Dazu hatte Deutschlands berühmtester Philosoph, Jürgen Habermas, sein Urteil schon gefällt:

»Aber die runden Zahlen, die durch die Interpunktionen eines Kalenders erzeugt werden, decken sich nicht mit jenen Zeitkonten, die die historischen Ereignisse selber schürzen. Jahrestage wie 1900 oder 2000 sind im Vergleich zu den historischen Daten 1914, 1945 oder 1989 bedeutungslos.« (zit.n. Röbbke 1999: 14)

Aber Habermas' Diktum war wohl durch eine andere Logik begründet als durch jene der »Erlebnissrationalität«, die der Soziologe Gerhard Schulze, selbst KuPoGe-Mitglied, schon zehn Jahre vorher untersucht hatte. »Lange Zeit«, so Schulze (1999: 27), habe sich die »Kulturkritik an der Unterordnung des schönen Lebens unter die instrumentelle Vernunft« gerieben. Dazu bestehe jetzt »kaum noch Anlass«. Die Frage laute nun: »Wie instrumentalisiert man die Vernunft für das schöne Leben?« Seine Schlussfolgerung war indes klar und passte zum programmatischen Selbstverständnis der Kulturpolitischen Gesellschaft:

»Die soziale Konstruktion der Wirklichkeit [...] muss woanders stattfinden – in den Diskursen zwischen Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Daß die Aufklärung hier an ein Ende kommen könnte, ist nicht abzusehen, weil sich der Horizont objektiver Möglichkeiten ständig erweitert. [...] Events sind nicht mehr der Ort für die ständig notwendige Fortsetzung von Diskursen; umgekehrt sind Diskurse kein Ort für Events. Die erste dieser beiden Unterscheidungen ist kulturell fast schon vollzogen, an der zweiten gilt es noch zu arbeiten.« (Ebd.)

Aber die Eventisierung und Festivalisierung der Kultur und die Frage, ob der Haupt Sinn der Kulturpolitik darin bestehen kann, Erlebniswünsche – zumal im historischen Zusammenhang – zu bedienen, ist seither ein Dauerthema der Kulturpolitik geblieben. Diese Erscheinungsformen gehören wohl zu den Insignien der Singularitätsgesellschaft, die der Kultursoziologe Andreas Reckwitz in den 2010er Jahren beschreiben sollte, worüber sich trefflich streiten lässt. Da half auch der Hilferuf »Nieder mit den Events« des bekannten Feuilletonisten der Frankfurter Rundschau, Peter Iden, nichts, der in seinem Beitrag die »Instrumentalisierung« der Kunst und Künstler durch deren Indienstnahme für Werbezwecke und Imagekampagnen geißelte (Iden 1999: 20–23).

Auch das Thema »Erinnerungs- und Gedenkkultur«, das die Kulturpolitischen Mitteilungen im Jahr 2005 im Schwerpunkt ihres ersten Heftes behandelten, hatte eine runde Zahl als Anlass: 60 Jahre Kriegsende und 10 Jahre deutsche Einheit waren Gründe genug, um über die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Gedenkkultur in Deutsch-

5 Die Tagung »Magie der runden Zahlen. Ereignisse, Gedenkjahre, Jubiläen in der Erlebnisgesellschaft« fand vom 23. bis 24. Februar 1999 in Nürnberg statt. Eine Teildokumentation findet sich in den Kulturpolitischen Mitteilungen, Heft 86, III/1999, S. 14–56.

land zu informieren. Aktuelle Anlässe kamen hinzu wie die Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas am 10. Mai 2005 in Berlin und das »Gedenkstättenkonzept«, zu dem es eine öffentliche Anhörung im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien im Februar 2005 gegeben hatte.⁶

Der Historiker Norbert Frei nahm im KuMi-Schwerpunkt eine Einordnung des Themas vor. Er verweist darin auf die große Bedeutung, die das Thema Nationalsozialismus damals in den Medien hatte, und konstatiert ein »neues Geschichtsgefühl« und einen »Gezeitenwechsel« im Umgang mit der Vergangenheit. Durch das Aussterben der Zeitzeugen sei »die Hitler-Zeit keine erlebte Vergangenheit [mehr], sondern Geschichte. *History, not memory.*« (Frei 2005: 36) Es erinnert ein wenig an das Diktum der »Erlebnisrationalität« von Gerhard Schulze, wenn er schreibt: »In einer Welt vernetzter Gedächtnisse und globaler Imagologien ist der Holocaust zu einer Metapher geworden, die für vieles stehen kann, und Hitler – auch – zur Gruselgröße einer multimedialen Popkultur.« Er schlussfolgert daraus:

»Eine angemessene – und das heißt nicht zuletzt: auf sich verändernde Fragen Auskunft gebende – Vergegenwärtigung der nationalsozialistischen Vergangenheit bleibt auch im 21. Jahrhundert politisch-moralisches Gebot und intellektuelle Herausforderung. Mit Blick auf eine Gegenwart, die kein persönliches Erinnern mehr kennen wird, sind deshalb neue Anstrengungen gefragt.« (Ebd.: 39)

Kulturpolitik als Geschichtspolitik

Der anlassbezogene Diskurs Ende der dritten KuPoGe-Dekade kann im Nachhinein auch als Auftakt zu einer Debatte gelesen werden, die dann systematisch im Rahmen des 5. Kulturpolitischen Bundeskongresses »kultur.macht.geschichte – geschichte.macht.kultur« und des darauf bezogenen Jahrbuchs für Kulturpolitik im Jahr 2009 erfolgte. Zwanzig Jahre nach der »Wende« und im Angesicht der zunehmend »interkulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung und der dadurch bedingten Pluralisierung der Geschichtsbilder« und nicht zuletzt des deutschen und europäischen Einigungsprozesses wurde das erkennbar gewordene »neue Interesse an der Geschichte« als Aufgabe verstanden, »Kulturpolitik als ›Geschichtspolitik‹ neu zu interpretieren« (Sievers 2010). Die Kongresserklärung »Geschichte braucht Zukunft. Neue Aufgaben der Kulturpolitik und der politischen Bildung« der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung brachte das Anliegen des Kongresses auf den Punkt. Gefordert wird darin unter anderem, eine »Neu-Verortung« der deutschen Geschichte nach 1989 vorzunehmen, die Teil einer europäischen Erinnerungskultur ist« (KuPoGe/bpb 2009). Für den Geschichtsunterricht sowie für die Konzeptionen der Historischen Museen

6 Die Anhörung der Sachverständigen zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« fand am 16. Februar 2005 auf der 50. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien statt. Im Schwerpunkt der Kulturpolitischen Mitteilungen, Heft 108, 1/2005, haben die Vertreter und Vertreterinnen der Bundestagsfraktionen dazu Positionen bezogen.

solle ein europaorientiertes Geschichtsbild entwickelt werden, das auch der Migrationsrealität gerecht werde und das kulturelle Gedächtnis in Einwanderungsgesellschaften zum Thema mache.

Die Kongressveranstalter hielten an der Überzeugung fest, dass der »emanzipatorische Impuls, aus der Geschichte zu lernen«, weiterhin »ein zentraler Topos« der Kultur- und Bildungspolitik bleiben müsse. Allerdings gewinne der kultur- und geschichtspolitische Diskurs seine Bedeutung nicht nur aus der »Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch aus der Verantwortung für die Zukunft«. So bedürfe es angesichts »bedrohlicher Zukunftsszenarien wie der Klimakatastrophe« einer Korrektur der historisch begründeten Fortschrittsbilder und des ökonomischen Wachstumsdenkens:

»Damit Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden können, muss eine neue nachhaltige Geschichtstradition begründet werden. Wir brauchen nicht nur Bilder der Vergangenheit, sondern auch Erzählungen, die eine Vorstellung vom guten Leben in der Zukunft ermöglichen.« (KuPoGe/bpb 2009: 13)

An dieser Formulierung wird deutlich, wie die Kulturpolitische Gesellschaft ihren Programmsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« versteht, immer verstanden hat (siehe Sievers in Kapitel I; S. 35–47) und in den 2010er Jahren verstehen sollte, in denen die Klimakrise immer stärker auch als kulturpolitisches Problem wahrgenommen wurde (siehe Kap. 5.1). Dabei war ihr stets klar, dass Kulturpolitik vor allem Realpolitik ist, auch wenn es um die Aufarbeitung und Vermittlung von Geschichte und Erinnerung geht. Hier sind es vor allem die Museen, Bibliotheken, Archive und Gedenkstätten, für die die Kulturpolitik die Verantwortung trägt. Der Kongress »kultur.macht.geschichte« und das Jahrbuch für Kulturpolitik 2009 (Wagner 2009) sind ein Ausweis dafür, dass diese Themen in den Debatten der Kulturpolitischen Gesellschaft wie auch in ihrer Programmatik fortan eine größere Rolle spielten.⁷

Der Beitrag von Thomas Sternberg als Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft (2006 – 2018) war dazu unter anderem ein Aufsatz in dem Jahrbuch 2009, indem er einige Anforderungen an eine zeitgemäße Memopolitik skizzierte. Die beiden folgenden Abschnitte sind leicht überarbeitete Passagen aus diesem Artikel (vgl. Sternberg 2009: 50–52), die auch heute noch Gültigkeit haben dürften.

Geschichte als Konstruktion – Anforderungen an eine zeitgemäße Memopolitik⁸

Das Interesse an Geschichte ist wohl noch nie so populär gewesen wie derzeit. Jeder Verein, jede Einrichtung, jede Gruppierung ist auf die Aufarbeitung der eigenen Tradition

7 So wurde im aktuellen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2012 vor dem Hintergrund des Kongresses der Grundsatz neu aufgenommen, dass sich die Kulturpolitische Gesellschaft für »eine kulturpolitische Praxis [einsetzt], die im Bewusstsein der Geschichte Deutschlands verantwortungsvoll mit dem historischen Erbe umgeht« (KuPoGe 2012).

8 Bei den beiden folgenden Abschnitten handelt es sich um Auszüge aus dem Beitrag von Thomas Sternberg (2009).

bedacht. Wie im Falle der populären Heimatmuseen reichen diese Traditionen zumeist kaum über die Urgroßmuttergeneration hinaus. Aber auch alte Kunst und Denkmäler stoßen auf öffentliches Interesse. Die Vergegenwärtigung der Vergangenheit scheint angesichts rasanter Veränderungsprozesse in der Moderne von besonders hoher Bedeutung zu sein.

Der Umgang mit Geschichte hat erhebliche politische Bedeutung, weil die Identität des Einzelnen wie der Gesellschaft von den Geschichten ihrer Herkunft und deren Interpretation abhängt. Ein kollektives Gedächtnis ist mithin identitätsstiftend.

Geschichte ist jedoch nichts anderes als eine Konstruktion. Die in der Gegenwart denkenden Subjekte konstruieren eine Vergangenheit aus Erzählungen sowie schriftlichen oder dinglichen Überlieferungen – auch in bewusstem oder unbewusstem Vergessen – und schaffen damit eine Diachronie, die es in der Synchronie der Handlungen nur als geistiges Produkt geben kann. Die Frage ist, ob sich die so Handelnden ihrer Voraussetzungen bewusst bleiben, wie verantwortet sie ihre Quellen prüfen und aussondern und die Bedingungen und Interessen ihrer Arbeit reflektieren. Die Bedeutung der Geschichte für die Identität von Einzelnen wie von Gruppen ergibt fast zwangsläufig eine Auswahl der Themen und Grundlagen auf einen aktuellen politischen oder persönlichen Nutzen hin – eine Tendenz, der sich kaum eine Epoche der Geschichtsschreibung je entziehen konnte.

Dies gilt in besonderem Maße für Korrekturen an eingefahrenen historischen Denkschemata, die sich häufig aus der nationalgeschichtlich tendenziösen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts ergeben. Ein Beispiel dafür ist die Geschichte der Varusschlacht vor 2000 Jahren, die zur »Geburtsstunde Deutschlands« und somit zum Legitimationsvehikel des Kaiserreichs von 1871 umgefälscht wurde. Nur mühsam sind die Korrekturen zu vermitteln – für dies Thema geschah das zum Zeitpunkt des oben genannten Kongresses vor allem mit den Mitteln der großen Ausstellungen in Haltern, Detmold und Kalkriese und mit neuen Publikationen. Gleiches ließe sich auch für die Fehleinschätzung der spätrömischen Geschichte sagen, die unter Ausklammerung von deren Weiterleben in Konstantinopel eine Apotheose der Karolinger erleichtern sollte. Oder die Abwertung des Mittelalters, die dazu diente, eine dunkle Folie für Reformation und Aufklärung zu konstruieren. Auch die Form der Abendland-Beschwörung der 1950er Jahre stand im Kontext der Blockbildung – so wie heute die Geschichte Europas und arabisch-europäischer Austauschprozesse der aktuellen Identitätssuche dient. Eine verantwortete historische Wissenschaft bricht Deutungshoheiten auf und konfrontiert die Einverständlichkeiten eines gesellschaftlichen Diskurses mit immer neuen Fragestellungen.

Der Umgang mit Erinnerung und dem kollektiven Gedächtnis ist, wie bereits diese Anmerkungen deutlich machen, kein nebensächliches Politikfeld. Diese Querschnittsaufgabe gilt es im öffentlichen Diskurs politisch verantwortet wahrzunehmen. Im Organ der Schweizer Archive wurde 2006 hierfür der Begriff der »Memopolitik« gebraucht. Gedächtnis- oder Memopolitik sorgt für die Zugänglichkeit gesicherter Quellen und Informationen, schafft Potenziale der Erforschung und Bildung, legt Sammlungskriterien fest und definiert die Verantwortung für das langfristige Bewahren der Informationen. Sie entwickelt ein einheitliches Konzept für eine Erinnerungskultur, die sich nicht nur in den Sammlungsorten wie Archiven, Museen oder Bibliotheken niederschlägt, sondern

auch im Geschichtsunterricht an den Schulen, in der Erwachsenenbildung und den historischen Wissenschaften zum Tragen kommt.

Insofern ist das Thema Erinnerungskultur ein Querschnittsthema, das vor allem die Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik betrifft. Denn Informationen müssen nicht nur gesammelt werden, sondern sie bedürfen einer wissenschaftlichen Aufarbeitung und Bewertung. Dies leisten die historischen Wissenschaften an den Hochschulen. Im Kampf um nur an unmittelbarer Relevanz und Nutzung orientierter Forschung haben es Historiker schwer, ihren selbstverständlichen Platz vor allem dann zu behaupten, wenn es um diffizile Quellenaufarbeitungen geht, die erst die Grundlage für übergreifende Geschichtskonstruktionen liefern. Es ist die Aufgabe der Geisteswissenschaften allgemein, die Voraussetzungen und Angebote zur Orientierung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu schaffen. Nur mit einem reflektierten eigenen Standpunkt kann es gelingen, innovative Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

Geschichte als Aufgabe der Schulen und der Kulturpolitik

In der Bildungspolitik ist die permanente Reduzierung des Geschichtsunterrichts in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu beklagen. Nicht zuletzt im Vergleich zu europäischen Nachbarn ist die historische Bildung in Deutschland unzureichend. Dies gilt für die Alte und Mittelalterliche Geschichte ebenso wie für die der Neuzeit und der letzten Jahrhunderte. Mittlerweile ist zwar die Notwendigkeit der intensiven Information über den Nationalsozialismus und die Shoa allgemein anerkannt, aber die Geschichte des zweiten totalitären Systems in der DDR wurde kaum in schulische Curricula umgesetzt. Die Verspätung wiederholt sich. Der Geschichtsunterricht steht häufig in Konkurrenz zum Politikunterricht. Die Analyse politischer Prozesse der jüngsten Geschichte lässt fragen, ob nicht die historische Bildung viel näher an den tatsächlichen Prozessen der Politik ist, als es Informationen über Institutionen und Idealabläufe jemals sein können.

Was aber haben die klassischen Bereiche der Kulturpolitik zur Memopolitik originär beizutragen? Die Gedenkstätten sind inzwischen in allen Ländern der Bundesrepublik eine feste Größe der Erinnerung an die Verbrechen der Jahre 1933 bis 1945 geworden. Ebenso sind die Einrichtungen nach § 96 Grundgesetz, die in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik der Erinnerung der Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung dienten, fester Bestandteil historischer Museen geworden. In den letzten zwei Jahrzehnten ist eine Reihe von Orten der Erinnerung an die DDR hinzugekommen. Die Einrichtungen haben eine außerordentlich wichtige Funktion als außerschulische »Lernorte der Erinnerungskultur«. In ihrer Konzeption verstehen sie sich zunehmend als »Geschichtsorte«, die der Dokumentation, der wissenschaftlichen Erforschung und der historischen Bildung zugleich dienen. Ein Problem ist die unklare Verortung solcher Einrichtungen innerhalb der Zuständigkeiten öffentlicher Verwaltung: Gehören sie in den Bereich Kultur, politische Bildung oder Schule/Weiterbildung, was jeweils andere ministeriale Zuständigkeiten bedeutet?

Der historischen Erinnerung dienen auch die zahlreichen historischen Museen und Baudenkmäler. Die Entwicklung der historischen Museen zu Erlebnis- und Bildungs-

orten wurde international durch das 1974 eröffnete Römisch-Germanische Museum in Köln angeregt. Seitdem haben sich nahezu alle historischen Museen in ihren Präsentationen deutlich verändert – mit zum Teil Übertreibungen hin zur Fixierung auf Events und auf erlebnisorientierte Effekte (siehe oben) unter Abwertung des Originals. Die Vermischung von Ausstellungsbetrieben mit sammlungsorientierten Museen führt zu fatalen Fehleinschätzungen. Die Zahl der Besuche eines Museums über dessen Sonderausstellung darf nicht das alleinige, nicht einmal die entscheidende Legitimation für seine Arbeit sein. Die wissenschaftlichen und didaktischen Leistungen der Museen in der Erschließung und Vermittlung ihrer Sammlungen verdienen eine deutlich höhere Aufmerksamkeit und Anerkennung durch die Kulturpolitik.

Informationen über Alltagsleben und Bauformen der ländlichen Bevölkerung erhält man vor allem in Freilichtmuseen unterschiedlichen wissenschaftlichen Anspruchs. Die Unterschutzstellung von technischen Anlagen bis hin zum Weltkulturerbe-Status ließ eine Entwicklung der historischen Museen aufblühen, die mit den Schatzhäusern der Sammlungen kaum etwas gemein haben. Vor allem im Ruhrgebiet hatte sich schon in den Nullerjahren unter dem Signum »Industriekultur« eine attraktive Form der musealen Präsentation ehemaliger Zechen- und Industrieanlagen herausgebildet. Gelegentlich weisen die neuen Nutzungen der Industriebrachen gewisse modische Attitüden auf, die allzu zeitbedingt erscheinen. Zudem leben sie häufig von der melancholischen Erinnerung der Erlebnissgeneration, die eigene Beziehungen zu diesem Arbeitsumfeld hatten – was die Frage aufwirft, wie den Nachgeborenen eine angemessene Rezeption ermöglicht werden kann; eine Entwicklung, der die Museen für ostdeutsche Kultur immer noch unterliegen. Die Musealisierung von Industrieanlagen über einzelne prototypische Komplexe hinaus führt zu einer Reihe von kaum lösbaren finanziellen Problemen.

Schlussbemerkung

Kulturelles Gedächtnis, so viel wird durch die wenigen Bemerkungen deutlich, ist kein nebensächliches Feld einer aktivierenden Kulturpolitik. Archive, Museen, Denkmäler, Geschichtsorte und Erwachsenenbildung sind die Felder, die eine Reflexion über Ort und Bedeutung der Historie angebracht erscheinen lassen. Ohne reflektierte Vergangenheit kann Zukunft nicht gestaltet werden. Die Kenntnis von historischen Veränderungen ermöglicht ein Denken in Alternativen, das wir mehr denn je benötigen. Kulturpolitik muss Geschichte als Erinnerung wie als historische Konstruktion des Lang-Vergangenen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben wahrnehmen. Die Kulturpolitische Gesellschaft ist sich dieser Aufgabe bewusst. Erst vor wenigen Jahren hat sie sich dem »Streitfall Erinnerungskultur« erneut gestellt und dabei den (Post-)Kolonialismus in einem Schwerpunkttheft der Kulturpolitischen Mitteilungen (KuPoGe 2020) thematisiert.

Nicht zuletzt diese Debatte ist ein Beispiel dafür, dass Erinnerungspolitik oft auch ein Kampf um Deutungshoheit ist, bei dem »kritisches Geschichtsbewusstsein und geschichtsbewusste Urteilskraft« auch auf der Strecke bleiben« können (Knigge 2020: 29). Auch in Zukunft wird es die Aufgabe der Kulturpolitischen Gesellschaft sein, dagegen ihre Stimme zu erheben und aufgeklärtem Denken weiterhin eine Chance zu geben.

Literatur

- Frei, Norbert (2005): »Die Gegenwart der Vergangenheit. Plädoyer für ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108, I/2005, S. 26–40
- Iden, Peter (1999): »Nieder mit dem Event«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 86, III/1999, S. 20–23
- Knigge, Volkhard (2020): »Geschichtsbewusstsein statt Betroffenheitskultur. Interview mit Volkhard Knigge«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 171, IV/2020, S. 29–33
- Kulturpolitische Gesellschaft (2020): *Kulturpolitische Mitteilungen; Schwerpunkt: »Streitfall Erinnerungskultur«*, Heft 171, IV/2020, S. 29–53
- Kulturpolitische Gesellschaft (2012): *Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft*, https://www.kupoge.de/wp-content/uploads/2024/08/kupoge_grundsatzprogramm.pdf (letzter Zugriff: 16.5.2025)
- Kulturpolitische Gesellschaft/Bundeszentrale für politische Bildung (2009): »Kultur braucht Geschichte. Erklärung zum Fünften Kulturpolitischen Bundeskongress, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (2010), S. 12–16
- Mager, Friedrich (1978): »Kann Geschichte aufklärend wirken?« Projektgruppe »Kultur & Geschichte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 3, II/1978, S. 11–13
- Röbke, Thomas (1999): »Runde Zahlen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 86, III/1999, S. 14f.
- Schulze, Gerhard (1999): »In der Eventfolklore«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 86, III/1999, S. 23–28
- Sattler, Hans-Peter (1978): »Dem kleinen Mann auf der Spur. Eine Ausstellung soll den grauen Alltag vor 100 Jahren beleuchten«, in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 3. November 1978
- Sievers, Norbert (2010): »Vorwort«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (2010): *kultur.macht.geschichte. geschichte.macht.kultur. Kulturpolitik und kulturelles Gedächtnis. Dokumentation des Fünften Kulturpolitischen Bundeskongresses am 11./12. Juni 2009 in Berlin*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Klartext Verlag (Edition Umbruch 25), S. 9–11
- Sternberg, Thomas (2009): »Erinnerungskultur und Memopolitik. Kulturpolitische Aufgaben der Arbeit an der Geschichte«, in: Wagner 2009, S. 49–55
- Wagner, Bernd (Hg. für das IfK der KuPoGe) (2009): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009*, Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Bonn: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft/Essen: Klartext Verlag